



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen, Christoph Maier, Jan Schiffers, Markus Bayerbach** und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2022;

**hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter beim
Landeskriminalamt
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 werden folgende Änderungen vorgenommen:

Im Kap. 03 17 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) von 74.873,0 Tsd. Euro um 25.000,0 Tsd. Euro auf 99.873,0 Tsd. Euro erhöht. Von den zusätzlichen Mitteln werden neue Planstellen geschaffen. Der Stellenplan wird entsprechend angepasst.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 03 12 TG 54-56 (insbesondere Kap. 03 12 Tit. 633 55, Kap. 03 12 Tit. 633 56 und Kap. 03 12 Tit. 684 54) eingesparten Mitteln.

Begründung:

Angesichts der gestiegenen Zuwanderung in den vergangenen Jahren, auf derzeit etwa 1,8 Mio. Asylbewerber und der zu erwartenden Zunahme an Kriminalität besonders in den Bereichen sexueller Nötigung/Vergewaltigung, sexueller Selbstbestimmung, Diebstahl oder Körperverletzung, ist eine Erhöhung der Stellenzahl beim Landeskriminalamt dringend erforderlich. Um die Kosten der Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter für den gestiegenen Stellenbedarf zu decken, ist eine Erhöhung im Haushaltsplan vorzusehen.